

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1,60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 7.

Sonntag, den 9. Januar 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die deutsche Sozialpolitik im Jahre 1896.

(Schluß.)

Am begreiflichsten wird jene Legendenbildung, wenn man die Schicksale unserer Arbeiterstatistik betrachtet. Wir sind hierin hinter England, ja in mancher Beziehung auch hinter Oesterreich, Frankreich, Italien zurück. Die Reichskommission für Arbeiterstatistik bedeutete nur einen bescheidenen, aber doch einen beachtenswerthen Anfang. Jetzt wandte sich die ganze Wuth der Rückwärtsdrängenden gegen diese Reichsinstitution. Da ihren Leitern nichts zum Vorwurf gemacht werden konnte, als daß sie bemüht waren, die Thatfachen unseres sozialen Lebens aufzuhellen, so flüchteten sich die Angreifenden vom Reichstag in das Dunkel des preussischen Abgeordnetenhauses, um hier über die ruhestörende Thätigkeit der Kommission zu Gericht zu sitzen. Und so groß ist der Einfluß der Kreise, welche einer statistischen Aufhellung unserer sozialen Zustände abhold sind, daß in der That nicht einmal der ausgeworfene Budgetposten für diese Kommission ganz verausgabt wurde. Während sonst bei Angriffen auf eine Institution unseres öffentlichen Lebens die offiziöse Presse die energischste Abwehr für ihre Aufgabe hält, mußte hier der ausgeschiedene Vorsitzende dieser Reichsbehörde, Dr. von Rottenburg, der Welt das ungewohnte Schauspiel bieten, daß ein Beamter in ministerieller Stellung nach seinem Scheiden aus dem Dienst seine Amtsführung in umfangreichen Artikeln in der Tagespresse selbst verteidigte.

Und doch hat gerade im vergangenen Jahre die Mächtigkeit der Arbeiterbewegung den Regierenden besonders eindringlich die Nothwendigkeit gepredigt, sich mit den sozialen Zuständen zu beschäftigen. Im Februar zog der Berliner Konfektions-Streik den Schleier von dem Glend der Hausindustrie, an dem das bewegte Leben der Reichshauptstadt so lange theilnahmlos vorbeigesluthet war, und gleichzeitig begann der Streik der Kottbuser Textilarbeiter, welcher sich durch acht Wochen hinzog. Aus Anlaß der Berliner Gewerbeausstellung folgte unter den dort beschäftigten Bauarbeitern Streik auf Streik, und die Berliner Metallindustrie hatte im größten Theile des Jahres mit Ausständen zu kämpfen. Bewegungen wie die der Weber im Eulengebirge und der Holzarbeiter in Lauterberg am Harz, die in anderen Jahren für sich allein die öffentliche Aufmerksamkeit erregt hätten, kamen unter der Fülle ähnlicher Erscheinungen gar nicht mehr zur Geltung. Und seit Anfang Dezember ist durch den Hamburger Hafnarbeiter-Streik der Verkehr in dem ersten Hafen Deutschlands unterbunden. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Arbeiterbewegung eine ganz neue Ausdehnung gewonnen. Die Generalkommission der Gewerkschaften berechnete:

1892 die Zahl der Streikenden auf 3022,  
die Streiklosten auf 84 638 Mk.  
1893 die Zahl der Streikenden auf 9356,  
die Streiklosten auf 172 001 Mk.  
1894 die Zahl der Streikenden auf 7328,  
die Streiklosten auf 354 267 Mk.  
1895 die Zahl der Streikenden auf 14032,  
die Streiklosten auf 424 231 Mk.

Im Vergleich dazu stellen die 18 000 streikenden Hafnarbeiter und Seeleute in Hamburg ein größeres Kontingent als alle Streikenden des Vorjahres zusammengekommen, und die Streikunterstützungen, die in Hamburg zur Auszahlung gelangt sind, werden von einer Million nicht mehr weit entfernt sein. Die Zahl der Arbeiter, die im Laufe des Jahres in ganz Deutschland ausständig gewesen sind, schätzt man auf 200 000. Von der sozialen Bedeutung dieser Erschütterungen selbst abgesehen, — genügen nicht die in ungezählte Millionen gehenden wirtschaftlichen Schädigungen, um es als die brennendste Frage der Gegenwart zu bezeichnen, ob wir wirklich diesen Erscheinungen rathlos gegenüberstehen?

Wenn im vergangenen Jahre ein Streik in Lübeck durch geschickte Vermittelung des dortigen Fabrikinspektors beendet worden ist (seitdem hat sich der Herr Fabrikinspektor in den Schmolllwinkel zurückgezogen. Red. d. „L. V.“), wenn der schier unabsehbar gewordene Textilarbeiterstreik in Kottbus sofort beendet war, sobald es einem dort anwesenden Berliner Polizeibeamten auch nur gelang, die streitenden Theile zur Aussprache zu bewegen; wenn im Wiener Perlmutterknopfstreik die rechne-

risch schwierige Ausgleichung von Waarenpreis und Arbeitslohn das Werk der dortigen Handelskammer war, so können sich die Anhänger der Anschauung, daß die Vermittelung Unbetheiligter die Gegensätze schüre, auf die Erfahrung nicht berufen. Und am günstigsten waren die Erfahrungen da, wo man die Vermittlerrolle nicht dem Zufall überließ, sondern den Anschluß an die reichsgesetzlichen Bestimmungen über gewerbegerichtliche Einigungsämter suchte. Daß die junge Institution in der schwierigsten Aufgabe, dem Drei-Parteienstreik der Berliner Konfektionsindustrie, schließlich erfolglos blieb, ist allerdings richtig. Aber in den anderen Fällen, in denen es in Berlin nach dem Geschäftsbericht 1895/96 gelang, beide Theile zur Annahme des Einigungsantrages zu bewegen, ist in der Mehrzahl (6 gegen 4) auch die Beilegung des Streikes gelungen. Aus Königsberg, Mainz, Brandenburg, Offenbach, Würzburg und anderen Städten liegen ähnliche Erfahrungen vor, und dem Gewerbegericht Leipzig ist es sogar in einer über ganz Deutschland hin angeregten Thätigkeit gelungen, den Ausbruch eines allgemeinen Buchdruckerstreiks in einer beide Theile zufriedenstellenden Art zu verhüten. Als in Hamburg und Bremen gleichzeitig ein Hafnarbeiterstreik ausbrach, wurde er hier, wo die streitenden Theile sich vor dem Gewerbegericht aussprachen, in den ersten Anfängen beigelegt, während in Hamburg, wo der eine Theil sich weigerte, auch nur Rede zu stehen, der Streik eine Ausdehnung und eine Dauer gewann, die schon heute den Unnachgiebigen mehr an geschäftlichen Verlusten garantirt, als ihnen selbst eine Ueberwindung der Streitenden in irgend einer Gestalt an Gewinn zuführen könnte. —

Die Verwaltungsgefesgebung in den einzelnen Staaten stockt. In der Armenpflege bestehen auf dem Boden des Reichs noch immer drei Systeme: der Unterstützungswohnsitz des Reichsgesetzes, das bayerische Heimathrecht, die bloß freiwillige Armenpflege in Elsaß-Lothringen. Bayern hat wenigstens im abgelaufenen Jahre sein Heimathrecht wieder ein klein wenig dem Unterstützungswohnsitz angeähelt. In den Reichslanden aber, wo der Deutsche Verein für Armenpflege die schreiendsten Mißstände enthüllt hat, hat man den Blau erfohlen, den Altdeutschen, soweit sie benachtheiligt werden, durch einen eigenen Statsposten den Mund zu stopfen und in Bezug auf die eigenen Landeskinde es beim Alten zu lassen. — Das badische Gesetz, welches für die Lösung der Wohnungsfrage und zunächst für die Erschließung neuen Baugeländes von den beiden Forderungen der lex Adickes, Umlage und Zonenenteignung, die erstere erfüllt, ist unter allen deutschen Gesetzgebungen schlechterdings der einzige Akt, der eine sozialpolitisch bemerkenswerthe Institution in das deutsche Verwaltungsrecht einführt. In dem Geburtslande des Adickesschen Vorschlages, in Preußen, hat die Regierung seine Nothwendigkeit unfreiwillig anerkannt, indem sie nach dem Brandunglick im Flecken Wrotterode aus dem Fehlen eines solchen Gesetzes einen „ungewöhnlichen Nothstand“ herleitete, der ihr das Recht zur Otkrohung einer Verordnung mit Gesetzeskraft gebe. Trotdem aber geschah nichts, um durch Einführung der lex Adickes für zukünftige Fälle solchen Nothständen vorzubeugen.

Die Verdrängung der sozialpolitischen Gesichtspunkte erklärt die Dürre unserer Gesetzgebung überhaupt. Mit Unrecht wird der heutigen Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie eigenmächtig vorgehe. In den Maßnahmen, die uns als sozialpolitisch betrübend gelten, befinden sich die Regierungen im Einvernehmen mit der Mehrheit ihres Parlaments. Gerade die Parlamente sind heute der Sitz der antisozialen Richtungen. Eben darum kann eine Neubildung mit größerer Berücksichtigung sozialer Forderungen nur in dem mütterlichen Boden beginnen, aus welchem die Parlamente hervorzunehmen: in dem Leben der Parteien. Nachdem die konservative Partei sich des Abg. Stöcker entledigt hatte, zwang sie seinen Gesinnungsgenossen, den Professor Hüpeden, ebenfalls zum Austritt. Da die Christlich-Sozialen älterer Richtung gleichzeitig in einen Gegensatz zu den sogenannten Jungen (Raumann, Göhre etc.) geriethen, so sahen sie sich genöthigt, eine eigene Partei zu begründen, die in Frankfurt a. M. in's Leben trat. Die „Jungen“ konstituirten darauf in Erfurt einen Verein, der sich nicht bloß auf Christlich-Soziale beschränken sollte und daher den Namen „National-sozialer Verein“ annahm. Die Antisemiten, welche ihren bloß von einem einzelnen Programmpunkt entlehnten Namen aufgegeben

hatten und sich schon lange deutsch-soziale Reformpartei nannten, wurden auf ihrem diesmaligen Parteitag sehr stark von einer Richtung bedrängt, welche neben der Mittelstandspolitik eine energischere Arbeiterpolitik verlangte. Die deutsche Volkspartei (süddeutsche Demokratie) begann den Ausbau ihres sozialpolitischen Programms mit dem Problem der Arbeitslosen-Versicherung, für welches eben die beiden großen Arbeitslosen-Zählungen des Vorjahres das statistische Material lieferten. Während alle diese Parteien nunmehr anfangen, sich mit den sozialpolitischen Problemen zu beschäftigen, welche bis vor etwa einem Jahrzehnt fast nur die Sozialdemokratie behandelt hatte, zeigte umgekehrt der neueste Parteitag der Sozialdemokratie ein weiteres Eingehen auf allgemein politische und auf Fragen des Volkslebens überhaupt. Allen diesen Erscheinungen zusammengenommen steht auf der anderen Seite gegenüber der konservative Delegirtenstag, welcher für die sozialpolitische Umkehr jenes Schlagwort des „Festhaltens an der kaiserlichen Volkshaft von 1881“ prägte, und der nationalliberale Parteitag, welchen, mit Ausnahme einiger Optimisten innerhalb der Partei selbst, fast alle in einem ähnlichen Sinne deuten. Mitten im Gewirre der Parteien liegen heute die Trümmer des norddeutschen Liberalismus, des ehemals stolzeften Bestandtheils des deutschen Parteilebens, der mühsam die verloren gegangene Fählung mit den drängendsten Bedürfnissen der Gegenwart zu erlangen sucht und im abgelaufenen Jahre wenigstens auf dem platten Lande mit der Begründung einiger Bauernvereine sich durch die Obersicht der rein gutsherrlichen Agrarpolitik an einigen Punkten hindurchgehohrt hat. Bis jetzt spricht noch nichts dafür, daß in der nächsten Zeit von den drei Parteien, welche bei den letzten Wahlen die meisten Stimmen erhielten (Sozialdemokratie, Zentrum, Konservative), auch nur eine eliminiert würde oder daß eine neue, Achtung gebietende Partei auf den Plan trete. Aber deutlich sind die Anzeichen für eine veränderte Gruppierung der bisherigen Parteigegegensätze. Das alte Schiboleth: für oder wider Staatsihilfe, ist überwunden. Heute stehen auf der einen Seite die Gruppen, welche eine Hebung der unteren Volksklasse wollen (sei es mit, sei es ohne Staatsihilfe), und auf der anderen Seite die, welche eine solche Hebung nicht wollen (mögen sie für andere Interessen auch noch so energische Anhänger der Staatsihilfe sein). Vom Streit der Methoden ist man im Begriff, zu einem Streit um einen sachlichen Gegenstand überzugehen. (Soziale Praxis.)

## Politische Mundschau.

Deutschland.

Auf der Tagesordnung der ersten Reichstagsitzung nach den Ferien am 12. d. M. steht die zweite Lesung des Stats des Innern. Dem Vernehmen nach werden bei dieser Gelegenheit verschiedene landwirtschaftliche Fragen zur Sprache kommen. Wahrscheinlich wird die Petition des Bundes der Landwirthe wegen Absperrung der Grenzen gegen Einschleppung von Viehseuchen die Veranlassung zu einer größeren Debatte über die Lage der Landwirtschaft bieten. Vielleicht wird auch eine Hördebatte aus Anlaß des Streiks der Börseaner entstehen.

Für die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik, die am 9. d. M. ihre Sitzungen wieder aufnimmt, ist im Reichsamt des Innern eine Denkschrift über die Ergebnisse der Wäsche- und Leinen-Konfektion ausgearbeitet und den Mitgliedern der Kommission zugestellt worden.

Der „Vorwärts“ schreibt zur Kabinettsordre über das Duell: „Das Duell wird durch diese Kabinettsordre nicht aus der Welt geschafft. Der Zweikampf an sich wird nicht prinzipiell verworfen, er wird für nothwendig weiter anerkannt, soweit er durch die Standesihite geboten ist. In einer Reihe von Fällen wird künftighin der Kaiser zu entscheiden haben, ob ein Duell stattzufinden hat. Die eigenartige staatsrechtliche Stellung des Kaisers tritt aus Anlaß der neuesten Kabinettsordre wieder stark hervor. In seinem, des Königs Namen, sprechen die Landgerichte über Duellanten Strafen aus, und in seinem, des obersten Kriegsherrn, Auftrag, bestimmen Ehrengerichte, ob Duelle zu gestatten sind.“

Die Handwerkervorlage steckt immer noch in dem Ausschusse des Bundesrathes und eine Verständigung ist









